



These 1: Politikverständnis erfordert Verständnis der Widersprüche

Politik lässt sich nur in ihren realen Widersprüchen verstehen. Sie enthüllt ihren Charakter im historischen Konflikt angegebener, auf Herrschaftserhaltung oder Herrschaftsabbau gerichteter Interessen. In den Herrschaftsstrukturen und ihrem Wandel reproduzieren sich dabei die Auseinandersetzungen sozialer Gruppen und ihrer Interessen. Politische Aktionen und Institutionen führen zurück auf Interessenkonflikte, die notwendig aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozess hervorgehen.

Ziel einer so verstandenen Wissenschaft ist, Momente der Veränderbarkeit zu enthüllen, nachdem die scheinbar natürliche Selbständigkeit politisch-sozialer Gebilde aufgelöst wurde.

These 2: Politik ist nicht objektiv

Völlig entgegengesetzt einem empirischen Ansatz geht es darum, subjektive Erfahrungen und die aus ihr resultierende Stellungnahmen zur Gesellschaft als „objektiv“ anzusehen und eine freie Subjektivität zu denken, was eben nur in den Kategorien menschlicher Praxis möglich ist.

Die freie Selbstbestimmung der Menschen ist nur möglich, wenn Menschen selbst bewusst ihre Gesellschaft bestimmen.

These 3: Die fehlende Voraussetzung

Die bürgerliche Epoche setzte zwar die Verwirklichung der Freiheit als Aufgabe des Subjekts, die materiellen Verhältnisse ließen die autonome Vernunft jedoch im reinen Denken bzw. Wollen dieser Freiheit. Diese materiellen Schranken sind grundsätzlich überwunden, eine andere Gesellschaft wäre möglich. Um eine derartige zu verwirklichen, sind jedoch materielle Grundlagen und die Fähigkeit einer gedanklichen Antizipation einer befreiten Gesellschaft, in der die freie Entfaltung eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller geworden ist und eine Auseinandersetzung mit den Widersprüchen der gegenwärtig wirklichen Gesellschaft nötig.

These 4: Politik in der Wissenschaft

Wissenschaft muss hierbei Stellung beziehen, sonst treibt die Trennung zwischen Analyse und Normierung diese zur positivistischen Hinnahme gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse.